

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 34, Memeler Straße 80.
Verlagsdruckerei: E. T. Weichsel 4071. — Die Zeitung erscheint
leben Freitag — Telegrammbriefe: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgeber sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O. 34, Memeler Str. 80 (Postfach-Ronto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, Viertel, 6 M. Anzeigenpreis für die achtspaltige Vorgängertabelle 2 M.

Nummer 44

Berlin, den 28. Oktober 1932

44. Jahrgang

Gegen Wirtschaftsfaschismus!

Öffentliche Kundgebung der Spitzengewerkschaften
ADGB. und AFA-Bund vom 18. Oktober 1932

Im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin fand am 18. Oktober eine Kundgebung der freien Gewerkschaften statt, die sich gegen die letzte Notverordnung der Regierung Papen wandte. Kollege Seipart, der Vorsitzende des ADGB, leitete die Kundgebung mit einer beifällig aufgenommenen Ansprache ein, in der er u. a. bekannt gab, daß der Herr Reichszangler von Papen verhindert sei, an der Kundgebung teilzunehmen. Kollege Seipart fand die lebhafteste Zustimmung der Versammlung, als er feststellte, daß der Reichszangler an sehr vielen Tagungen, auch der kleinsten Unternehmerverbände, teilnehme, aber keine Zeit habe, an einer Kundgebung, die viele Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten umfasse, teilzunehmen. Diese Haltung des Reichszanglers ist jedenfalls kennzeichnend für seine Politik.

Die Hauptredner der Kundgebung waren Tarnow und Rypel. Beide Redner fanden das Ohr der Versammlung, besonders Tarnow, der in scharf pointierter Rede die Un Sinnigkeit und Wirkungslosigkeit der Papenschen Notverordnung getadelte, die wohl

den Unternehmern ungeheure Geschenke ohne jede Gegenleistung in den Schoß werfe, aber den Arbeiter durch Lohndruck in unerhörter Weise strafe. Die Notverordnung sei nur in bezug des Lohndruckes positiv.

Der Kollege Rypel behandelte die rechtliche Seite der Notverordnung und unterstrich, daß die Notverordnung dort, wo sie in das Tarifrecht eingreift, mit der Reichsverfassung in Widerspruch stünde. Die Stimmung der Vertreter der freien Gewerkschaften war auf Kampf gestellt. Sie ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie gegen die Regierung Papen in jeder Form den Kampf aufnehmen werden. Sie fürchten ein Verbot der Gewerkschaften nicht. Wenn sich ja die Regierung Papen dazu aufraffen würde, dann würden sie auf anderem Kampfboden der Regierung entgegenreten.

Die Schlussansprache hielt der Genosse Aufhäuser. Seine Rede klang ebenfalls in eine ernste Mahnung an die Regierung Papen aus, auf diesem Wege der Notverordnungen nicht mehr weiterzugehen. Auch die Rede des Genossen Aufhäuser wurde mit großem Beifall entgegengenommen.

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften

Von Fritz Tarnow

Vor sechs Monaten haben wir auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstongress den Notschrei der Arbeitslosen mit der Forderung nach Arbeitsbeschaffung verbunden. Wir haben dafür bestimmte Vorschläge gemacht, nicht aus dem Handgelenk, sondern nach einer sorgfältigen Prüfung der vorhandenen volks- und weltwirtschaftlichen Verhältnisse. So vielgestaltig die Ursachen der ungeheuerlichen ökonomischen Weltkrise auch sind, entscheidend ist die wachsende Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, den Güterverbrauch mit der Güterproduktion im Gleichgewicht zu halten. Immer dann, wenn die Menschen besonders erfolgreich die Voraussetzungen für die Steigerung ihres Wohlstandes vermehrt haben, immer dann werden sie durch die höllische Automatik des Systems in den Abgrund der Verelendung gestoßen.

Die Sachverständigen schätzen den bisherigen Produktionsverlust durch die Weltkrise — wahrscheinlich noch viel zu niedrig — auf 250 bis 300 Milliarden Reichsmark. Das ist sechsmal soviel wie die gesamten Goldvorräte der Welt betragen, mehr als das Dreifache des gesamten Geldumlaufes, mehr als der Wert sämtlicher Eisenbahnen der Welt einschließlich des rollenden Materials, mehr als zehnmals soviel wie der Wert der gesamten Handelsflotte der Welt, mehr als zwölftmal soviel wie der Gesamtwert der Post- und Telegraphenrichtungen, die den Erdball umspannen.

Die deutsche Industrieproduktion ist nach dem Index unseres Konjunkturinstituts auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Der Bruttowert der industriellen Produktion ist von 84 Milliarden im Jahre 1928 auf 32 Milliarden in diesem Jahre zurückgegangen, wobei ein kleinerer Teil auf die Preisenkung entfällt.

Dieser beispiellose Produktionsverzicht vollzieht sich an einer üppig gedeckten Tafel der Produktionsmöglichkeiten. Der Produktionsapparat ist so groß und leistungsfähig wie nie zuvor. Rohstoffe müssen ungenutzt verrotten, mehr als 6 Millionen Volksgenossen strecken die arbeitswilligen Hände vergeblich nach Beschäftigung aus, weil die Organisationslosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft die Sachfaktoren der Güterproduktion nicht zusammenbringen kann.

Die ausreichende Versorgung aller Menschen ist heute nur noch eine Frage der Organisation der Arbeit. Wir haben nicht die Illusion, als ob sie im kapitalistischen System gefunden werden könnte. Angesichts der entsetzlichen Selbstverwundung der kapitalistischen Wirtschaft ist unsere Forderung nach einer völligen Neuordnung, nach sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaft um so dringlicher geworden. Unsere Arbeitsbeschaffungspläne müßten deshalb auf die kapitalistische Gegenwart zugeschnitten sein. Wenn wir dabei die Organisation öffentlicher Arbeiten,

die unmittelbare Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Körperschaften,

gefordert haben, so deswegen, weil uns das nach den gegebenen Verhältnissen mindestens als die wirksamste und sicherste Methode erscheint, um mit irgendeinem Kapitalaufwande den höchstmöglichen Nugeffekt an Arbeitsvermehrung zu erreichen.

Für die Entfaltung einer privaten Unternehmerinitiative sind die Aussichten sehr gering. An Produktionsmitteln ist Deutschland nach der übereinstimmenden Ansicht aller Wirtschaftskenner so übersättigt, daß ein Neubedarf auf absehbare Zeit nicht vorhanden ist. Mit der Produktionsmittelherstellung waren in der Konjunkturzeit 7 bis 7½ Millionen Menschen beschäftigt. Heute

steht der Produktionsindex für diesen Wirtschaftssektor auf 37.

Ganz anders liegen zwar die Voraussetzungen für die Konsumgüterproduktion. Die Bevölkerungszahl hat sich nicht vermindert und der Bedarf an Konsumgütern ist deswegen nicht zurückgegangen. Aber Konsumgüter können nur produziert werden, wenn sie auch gekauft werden, und die Kaufkraft für Konsumgüter ist ständig gesunken. Wenn die Verbrauchsgütererzeugung für das Jahr 1928 gleich 100 gesetzt wird, betrug sie im September 1927: 111, im Januar 1932 nur noch 76 und im August nur noch 70. Das ist eine automatische Auswirkung zum Teil der Arbeitslosigkeit, zum andern der planmäßigen Vernichtung von Kaufkraft.

Die Regierung bekennet sich zur privatkapitalistischen Unternehmerrwirtschaft, und der Herr Reichszangler sagte in seiner vorgestrigen Rede, der Plan solle „nach den natürlichen Gesetzen der Wirtschaft Arbeit und Brot schaffen“. In Wahrheit aber stellt dieses Subventionssystem die Grundlagen der Konkurrenzwirtschaft vollständig auf den Kopf. Unter dem Gesichtswinkel „konservativer Staatsgesinnung“ wäre das noch zu verstehen, wenn die Schwachen durch eine Finanzhilfe gegen die Uebermacht der Starken geschützt würden. Aber hier ist es genau umgekehrt. Der erfolgreiche Konkurrent bekommt Einstellungsprämien und Lohnsenkungen, der geschlagene bekommt nichts und soll außerdem noch höhere Löhne zahlen als der andere.

Die Idee von Lohnzuschüssen an die Unternehmer ist nicht neu, aber sie wurde früher immer nur im Zusammenhang mit der Exportförderung genannt. Man argumentierte, daß für volkswirtschaftlich zusätzliche Aufträge ein Lohnopfer gebracht werden könnte. Zweifellos wäre ein deutsches Lohndumping sehr schnell durch Gegenmaßnahmen der anderen Länder korrigiert worden, aber zur Zeit ist ja diese Frage überhaupt nicht aktuell. Nach der weltwirtschaftlichen Lage und nach mehr nach der neueren Handelspolitik der Regierung fehlt jede Aussicht auf zusätzliche Exportaufträge, mit um so größerer Sicherheit werden wir zusätzliche Exportverluste zu erwarten haben. Der Wirtschaftsplan muß sich also in der binnenwirtschaftlichen Konkurrenz auswirken. Wenn der Absatz von Gütern nicht vermehrt werden kann — durch den Lohndruck der Notverordnung ist eine Verminderung wahrscheinlicher — können Arbeitereinstellungen an der einen Stelle nur Entlassungen an anderen Stellen bedeuten. Ja, wenn beispielsweise in einer technisch hoch entwickelten Schuhfabrik 500 Arbeiter neu eingestellt werden, müssen dafür vielleicht in anderen Betrieben 1000 auf die Straße marschieren.

Wo ist die volkswirtschaftliche Gegenleistung und ein Unternehmerrisiko, wenn die Mehrereinstellung nur durch Arbeitsstreckung erreicht wird? Oder wenn den Unternehmern ohne ihr Zutun zusätzliche öffentliche Aufträge in den Schoß fallen? Oder wenn ein Unternehmer dem anderen einen Auftrag abgejagt hat? Oder wenn zwei Unternehmer sich verständigen. Aufträge von einem Betrieb nach dem anderen hinüberzuschieben? Der § 7 ist ein ganz

bösartiges Instrument, um den Tarifvertrag auf fastem Wege erledigen zu können, und überhaupt ist der ganze Wirtschaftsplan so tarifvertragsfeindlich, daß die Gewerkschaften sehr ernsthaft vor die Frage gestellt

sind, ob es für sie überhaupt nicht besser ist, die Tarifverträge aufzugeben.

Zu den widersinnigsten Wirkungen des ganzen Planes gehört auch die Bestrafung der sozialdenkenden Unternehmer und die Prämiierung der antisozialen Unternehmerrbrutalität. Wer rücksichtslos seine Arbeiter sofort auf die Straße gejagt hat, als die Aufträge knapper wurden, der hat heute alle finanziellen Vorteile des Planes für sich. Wer seine Belegschaft durchzuhalten versucht hat, wer Kurzarbeit einführt und auf Lager arbeiten ließ, hat in der Regel keine Möglichkeit, die Subventionen aus dem Plan in Anspruch zu nehmen und sieht sich der Gefahr ausgesetzt, von seinem robusteren Konkurrenten an die Wand gequetscht zu werden.

Die Arbeitnehmerschaft fühlt sich durch die Notverordnung vom 5. September ver-gewaltigt,

sie fühlt sich einseitig und mit empörender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen, die für sie untragbar und für den wirtschaftlichen Zweck nicht nur entbehrlich, sondern geradezu hemmend sind. Wenn die von der Lohnsenkung betroffenen Arbeiter aus ihrem Konsumetat nun vielleicht das letzte herausstreichen müssen, was außer Miete und sachtester Ernährung noch darin stand, dann begreifen sie viel besser als irgendein gelehrter Nationalökonom, daß dies das Gegenteil von wirtschaftlicher Anurbelung bedeutet.

Die Handelspolitik der Einfuhrsperren und Kontingentierungen

hat bereits zu gefährlichen Gegenmaßnahmen in anderen Ländern geführt. Unser Export ist schon auf weniger als die Hälfte gesunken. Wenn die Regierung ihren Kurs nicht schleunigst ändert, muß eine weitere katastrophale Verschlechterung eintreten und das wäre wiederum ein schwerer Schlag gegen die Arbeitnehmerschaft. Hunderttausende, wenn nicht eine in die Million gehende Ziffer neuer Arbeitsloser ständen dabei in Aussicht.

Die Regierung gibt sich einer großen Täuschung hin,

wenn sie glaubt, dadurch Ruhe bekommen zu können, daß sie die Gewerkschaften schachmatt zu setzen versucht. Wenn ihr das wirklich gelänge, so hätte das noch keine andere Bedeutung, als daß der Abwehrkampf auf einen anderen Boden abgedrängt würde und in Formen, die der Regierung, aber auch den Unternehmern noch sehr viel weniger Freude bereiten würde als der geordnete Gewerkschaftskampf.

Die Regierung sollte sich hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offenkundige Recht bei denen ist, die sich gegen Gesetze und gegen die Staatsautorität zur Wehr setzen, weil sie es müssen. Denn es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keinem Staatsakt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann: das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung.

Ich hoffe, daß unsere Darlegungen nicht spurlos an den Erwägungen der Reichsregierung vorübergehen, daß sie erneut in eine Prüfung der Sachlage eintritt und daß das Ergebnis in der schleunigen Aufhebung der Verordnung vom 5. September besteht.

(Schluß folgt.)

Deutschland, das Unternehmerparadies

Wer da hat, dem wird gegeben!

Der Wohlfahrtsstaat, der nach Papens Einbildung für die Arbeiter bestand, gestaltet sich immer mehr und mehr zu einer Sinekure für die Unternehmer. Am trassiesten wurde dies durch die Notverordnung vom 5. September offenbar, die unseren deutschen Kapitalisten das dreifache Geschenk der Subvention, der Steuererlöse und der Unterschreitung des Tariflohnes in den Rachen warf.

Es wachsen indessen noch duftigere Blüten in der Fürsorge für den Unternehmer heran, wie der geneigte Leser gleich erfahren wird.

Der Magistrat der Stadt Sorau (Abteilung Wohlfahrtsamt) hat „zwecks Belegung des Arbeitsmarktes und der Unterbringung langfristiger Erwerbsloser in der Textilindustrie“ mit dem Fabrikantenverein e. V. Sorau die Vereinbarung getroffen, wonach — etwa den langjährigen Erwerbslosen, sofern sie wieder einmal Arbeit bekommen, als Ausgleich für die lange Arbeitslosigkeit Lohnbeihilfen gewährt werden? — Wo, lieber Leser, den Fabrikanten greift man bei der Einstellung obengenannter Arbeitskräfte unter die Arme!

Das famose Kollektivabkommen zwischen dem Sorauer Magistrat und den Sorauer Fabrikanten sieht folgendermaßen aus:

Zwecks Belegung des Arbeitsmarktes und Unterbringung langfristiger Erwerbsloser in der Textilindustrie wird zwischen dem Magistrat der Stadt Sorau (Städtisches Wohlfahrtsamt) und dem Fabrikantenverein e. V. Sorau N.-L. folgende Vereinbarung

geschlossen:

§ 1.

Der Magistrat verpflichtet sich, an die Mitgliedsfirmen des Fabrikantenvereins e. V. Sorau N.-L. unter den unten näher bezeichneten Bedingungen Lohnbeihilfen zu gewähren.

Die Lohnbeihilfe beträgt für jeden untergebrachten Wohlfahrtsarbeitslosen und für jede anrechnungsfähige Woche:

- | | |
|--|---------|
| a) für Ledige | Mk. 7,— |
| b) für Verheiratete ohne Kinder | 9,— |
| c) für Verheiratete mit 1 Kind | 10,50 |
| d) für Verheiratete mit 2 Kindern | 12,— |
| e) für Verheiratete mit 3 und mehr Kindern | 14,— |

Lohnbeihilfen werden gezahlt für auf Grund des Vorschlages des Wohlfahrtsamtes vom Arbeitsamt zugewiesene Wohlfahrtsarbeitslose.

§ 2.

Die Zahlung der Lohnbeihilfen erfolgt nur für diejenigen Beschäftigungswochen, in denen die untergebrachten Wohlfahrtsarbeitslosen

- nicht weniger als 32 Stunden beschäftigt worden sind;
- der Bruttolohn 150 Proz. des Lohnzuschusses nicht überschreitet;
- die Zahl der sonstigen Arbeiter des Betriebes, für die keine Lohnbeihilfe gezahlt wird, nicht niedriger ist als im Jahresdurchschnitt 1931 unter Berücksichtigung eines der gegenwärtigen Wirtschaftslage entsprechenden Abzuges, sowie als am Stichtag.

§ 3.

Der Arbeitgeber verpflichtet sich, die eingestellten Wohlfahrtsarbeitslosen zusätzlich und nach Möglichkeit 1/2 Jahr lang zu den ortsüblichen Tariflöhnen zu beschäftigen. Er übernimmt jedoch eine unbedingte Verpflichtung für eine Beschäftigung von 4 Wochen.

§ 4.

Lohnbeihilfen sollen in keinem Betrieb für mehr als 25 Proz. der jeweiligen Belegschaft gewährt werden.

§ 5.

Der Arbeitgeber verpflichtet sich, dem Magistrat eine Nachprüfung seiner Angaben über die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen, die Höhe der Belegschaft und die Höhe des an die Wohlfahrtsarbeitslosen gezahlten Lohnes zu gestatten bzw. diesen Nachweis selbst zu führen.

§ 6.

Die Vereinbarung wird zunächst auf die Dauer von 6 Monaten geschlossen. Sie besteht jedoch weiter, falls sie nicht 1 Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist gekündigt wird. Von da ab ist eine monatliche Kündigung zulässig. Die Vereinbarung gilt als mit sofortiger Wirkung von dem Zeitpunkt ab gekündigt, an dem eine Bereinigung der Wohlfahrtsarbeitslosen durch eine andere Stelle als das städtische Wohlfahrtsamt eintritt.

Sorau N.-L., den 6. September 1932.

Der Magistrat — Städtisches Wohlfahrtsamt —
gez. Knecht
Fabrikantenverein e. V. Sorau N.-L.
gez. Urban

Gefegnetes Unternehmertum im Papenschen „Wohlfahrtsstaat“! Nicht doppelt und dreifach, nein vierfach wird da mit Gaben überschüttet, und der Steuerzahler, vor allem

der noch arbeitende Lohn- und Gehaltsempfänger, muß dafür aufkommen! Der durch den Sorauer Magistrat hochentlohnende Fabrikant erhält also, wenn bei ihm alle „Voraussetzungen“ erfüllt sind, folgende Wohlfahrten in den unerfütterlichen Rachen geworfen.

- Eine Subvention von 400 Mark für den eingestellten Arbeiter auf Grund der Notverordnung vom 5. September.
- Einen starken Steuernachlaß, wobei ihm, zur schnelleren Realisierung dieses Steuernachlasses, verzinste Steuererlöse ausgehändigt werden.
- Die Möglichkeit, untertarifliche Löhne zu bezahlen, ebenfalls auf Grund der obengenannten Notverordnung!
- Eine Lohnbeihilfe aus Mitteln der Allgemeinheit, die eigentlich für die hungernden und darbenenden Arbeitslosen verwendet werden müßten.

Das sind Zustände!

Tausende von Textilarbeitern im Gladbach-Rheydter Textilbezirk arbeitslos — Überstundenschusterei in M.-Gladbacher Cord- und Velvotfabrik und Gladbacher Textilveredelung

Die Firma Gladbacher Cord- und Velvotfabrik beschäftigt etwa 150 Arbeiter. Von jeher war die Ueberstundenschusterei gang und gäbe. In den letzten Monaten werden dort aber die Ueberstunden in einer Anzahl geschunden, die ihrer Zahl nach jeder Beschreibung spotten, und man fragt sich, wie es überhaupt noch Unternehmer gibt, die eine derartig lange Arbeitszeit anordnen oder dulden. Man spricht davon, daß die Betriebsleitung nazifreundlich sei. Wenn das zutrifft, so bekommen wir bezüglich des Ausmaßes der wöchentlichen Arbeitszeit einen Vorgeschmack, wie dies im „Dritten Reich“ allgemein zur Tatsache werden soll. Tausende Textilarbeiter sind arbeitslos. Die Ueberstundenschusterei muß verheerend auf die Arbeitslosen wirken. Die uns mündlich und schriftlich zugegangenen Beschwerden besagen, daß von einem erheblichen Teil der im Betriebe beschäftigten Arbeiter wöchentlich 30, 40 bis 50 Ueberstunden geleistet werden.

Es ist keine Seltenheit, daß von den Arbeitern in einer Woche je Person 100 Stunden gearbeitet wird.

Bei der Firma Gladbacher Textilveredelung liegen die Verhältnisse nicht anders. Auch hier wird mit allem Nachdruck von der Arbeiterschaft verlangt, Ueberstunden zu leisten; wöchentliche Arbeitszeiten von 60 bis 70 Stunden sind zur Regel geworden!

Neben dieser Ueberstundenschusterei, die übrigens zur Anzeige gebracht wurde und die zweifelsohne von der Aufsichtsbehörde abgestellt werden wird, ist es sehr fraglich, ob in allen Fällen die tarifliche Löhne gezahlt werden. Abgesehen von allen Einzelheiten, muß sich aber die Arbeiterschaft selbst wehren gegen diesen Ueberstundenunfug und muß bestrebt sein, für die Arbeitslosen Sorge zu tragen, d. h. wenn Arbeitsmöglichkeit gegeben, daß dann arbeitslose Textilarbeiter in den Produktionsprozeß eingereiht werden.

Politische Wochenschau

Eine neue Knebelung der Gewerkschaftspressen

Zu dem Verbot der „Buchbinder-Zeitung“ hat sich ein anderes hinzugesellt. Das neue Opfer Papenscher Regierungskunst ist die „Beamten-Gewerkschaft“, eines der Organe des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. In der Heroenzeit der Arbeiterbewegung waren solche Verbote das tägliche Brot der Staatsanwälte. Der Wind, der heute weht und der wieder von rechts kommt, muß die Arbeiterschaft ermuntern, sich zusammenzuraffen, damit mit diesen Zuständen, wie sie heute herrschen, Schluß gemacht wird!

Der Staatsprozeß in Leipzig einstweilen zu Ende

In der vergangenen Woche ist der Prozeß, den Preußen gegen die Papen-Regierung geführt hat, zu Ende gegangen. Ein Urteil ist noch nicht ergangen; der Vorsitzende stellte es für später in Aussicht. Unter Umständen aber muß der Prozeß, wie er bemerkte, noch einmal begonnen werden! Bisher hat man in Leipzig erst die Wahlen abwarten und danach Recht sprechen. Vorfälle hat noch immer recht, wenn es bei ihm heißt, daß Verfassungsverstöße M a c h t z a g e n sind.

Ein Faschist-Sicherheitskommissar in Österreich

Nachdem Faschistengesindel in einer Vorstadt Wiens verhaftet hatte, in ein Volkshaus einzudringen und es blutig zurückgeschlagen wurde, da die österreichischen Arbeiter es ablehnten, sich von den Banditen abschlagen zu lassen, jagte der Bundeskanzler Dollfuß den Heimwehrmajor Fey zum Staatssekretär

für die öffentliche Sicherheit ein, der jetzt eine schärfste Verfolgung der sozialdemokratischen Schutzbrigaden durchführt. Die Sozialdemokraten beantragten die Auflösung des Nationalrates; ihr Sprecher, der Wiener Bürgermeister Seitz, brachte zum Ausdruck, daß seine Partei, die 41 Proz. der Wähler darstelle, sich mit der äußersten Kraft dem Verbot, auf Grund eines Kriegsgesetzes mit Notverordnungen zu regieren, widersetzen werde. Dollfuß hat nämlich auch die Absicht, der bankrotten Politik des österreichischen Bürgertums durch die Regierungsmethode der Notverordnungen eine neue Stütze zu geben.

Spiel mit den Arbeitslosen

Am Mittwoch, dem 19. Oktober, hat die Regierung eine neue Notverordnung erlassen, durch welche die Sätze für die arbeitslosen Versicherungsunterstützten und der Krisenfürsorgeempfänger um eine Wenigkeit erhöht werden. Einige „Milderungen“ sollen die Bestimmungen über die Krankenversicherung, Unfall- und Angestelltenversicherung sowie hinsichtlich der Kriegssopfer darstellen. Die Regierung glaubt wahrscheinlich, damit das schreiende Unrecht der Notverordnung vom 14. Juni durch diese Pfälsterchen verdecken zu können. Hier gilt das Wort: „Sie nehmen mit Scheffeln und geben mit Löffeln!“

Ein Totentanz der nationalen Sammlung

So nennt die subventionierte „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Redebeschläge, die jüngst in der Neuen Welt in Berlin-Neutölln stattgefunden hat und die nicht zu verwechseln ist mit der wirklichen Schlacht zwischen Deutschnationalen und Nazis in den gleichen Räumen und in der man Lische und Stühle an den Köpfen der Gegner zerstückte. Dem

Am 6. November:



Wirt ist offenbar der Schaden voll ersetzt worden, so daß der Saal noch einmal zum Kampffeld werden konnte. Es ging verhältnismäßig sanfter zu als beim erstenmal. Der Nazihauptling Goebbels und der Hugenberg-Mann Schmidt-Hannover begossen sich gegenseitig mit Sauche, was natürlich nicht wörtlich zu verstehen ist. — daher die Klage des Schwerindustriellen Blattes.

Ersatzlakalen im Braunhemd

Während also der kleine Goebbels in Berlin den Kämpfer für Volksrechte mimt, rutschten die Koburger Nazis bei einer Kürstentochterzeit, an der sogar republikanische Reichswehr teilnahm, egalweg auf den Knien herum. Der Nazibürgermeister Schwede nahm an Stelle des ständigen Stabesbeamten selbst die Trauung des „hohen“ Paares vor, während die übrigen Nazis zu einem Fackelzug kommandiert wurden. Dazu berichtet der „Vorwärts“ noch eine andere charakteristische Episode: Als der Herzog a. D. in Koburg, welcher der Hitler-Partei angehört, einige Ersatzlakalen als Türschließer brauchte, wurden dazu uniformierte Jagentruzierer befohlen, die neben dem Chauffeur sitzen und den hohen und höchsten Herrschaften die Türen aufreißen durften. „Ein Symbol für die ganze nationalsozialistische Bewegung Hitlers“, so beendet der „Vorwärts“ seinen Bericht. „Die Pgs. als Ersatzlakalen für die Fürsten — das sagt alles!“

Man muß sich zu helfen wissen!

Wie eine Chemnitzer Firma eine Notverordnung anwenden möchte

In Chemnitz gibt es eine Textilfirma, welche Stöber u. Kimmle heißt. Diese Firma ist so schlau, daß sie eine besondere Auszeichnung verdient. Sie soll ihr gewährt werden und zwar dergestalt, daß wir sie in unseren Spalten erwähnen.

Die Chemnitzer Firma Stöber u. Kimmle wird durch eine besonders Unternehmerrpiffigkeit charakterisiert. Sie wollte nämlich brennend gern von der Papenschen Notverordnung vom 5. September Gebrauch machen, konnte es, aber besser: durfte es nicht, da bei ihr jegliche Voraussetzungen fehlten, um die Notverordnungsgefächte entgegenzunehmen.

Was macht man also in diesem Falle? Nun, man stellt trotzdem Leute ein und bekommt dann Subventionen, Steuererlöse und darf überteuert unter Tarif bezahlen. Da sich aber durch die Neueinstellungen der Belegschaftsapparat vergrößert, produziert man mehr, als man absetzen kann. So hilft man sich auf folgende Weise: Man behält natürlich die eingestellten Arbeitskräfte, sonst bekäme man ja keine Kopprämien von 400 Mark und dürfte auch nicht den Tarif unterschreiten. Man „beurlaubt“ jedoch die verheirateten Frauen! Ist das nicht ein blendender Trick? Die Firma war sehr befriedigt über diese Lösung, das kann man schon glauben.

Befriedigt waren aber nicht die „beurlaubten“ Arbeiterinnen, was man auch glauben kann. So wurde dieser Fall dem zuständigen Schlichter mitgeteilt, welcher der ehrenwerten Chemnitzer Firma die wirkliche Rechtslage auseinandersetzen wird.

Denn die Notverordnung gewährt bedauerlicherweise — so stellen manche unternehmende Geister betrübt fest! — nur solchen Betrieben ihre schönen Geschenke, sofern sie sich von gewissen Schiebungen fernhalten.

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin
Illustriert von Georg Wilke

(43. Fortsetzung)

Die Leiter war aus Eisen, die Sprossen aus fingerbreitem Rundblech. Nur an der einen Seite war ein Geländer, die andere Seite, die äußere Seite, war ohne Geländer, also lust die Seite war offen, wo man in den Schacht abstürzen konnte, während die Seite, die an der Wand der Maschinenhalle war, mit einem Geländer gesichert war.

Als ich meine Zungen wieder aufgefüllt hatte, machte ich den dritten Versuch, und ich kam auf eine Plattform. Drei Schritte über die Plattform, die nur einen halben Schritt breit war, führten zum Ende der Platte, wo eine zweite Leiter tiefer in den Schacht ging. Diese drei Schritte konnte ich aber nicht machen. In Gesichtshöhe war hier die Maschinenwünsche, und das Dampfrohr der Wünschle hatte einen langen, aber ganz dünnen Riß. Durch diesen Riß strömte ein brühend heißer Wasserdampf, scharf und schneidend wie eine Stichflamme. Der Riß lag so, daß selbst, wenn man sich bückte, man diesem schneidenden Dampfstrahl nicht ausweichen konnte. Ich versuchte, mich hochzurecken, aber dann wurden die Arme und die Brust angegriffen und verbrüht. Inzwischen mußte ich hoch, um Luft zu schöpfen. Ich war auf falschem Wege. Das war nicht

der meine. Ich ging wieder zur Gasse, wo Stanislaw immer noch nach Selze suchte.

„Ich gehe mit dir runter, komm los“, sagte er bereitwillig.

Als wir auf dem Wege waren, sagte er: „Du bist doch nie Kesselbums gewesen, nicht wahr? Habe ich doch gleich gesehen. Zu einer Wünschle sagt man doch nicht guten Tag, der haut man eins auf den Schädel und fertig.“

Ich war nicht in der Laune, ihm jetzt zu erzählen, wie man mit Dingen umzugehen hat, die eine Seele haben.

„Recht hast du, Samstl, bin nie beim Kessel gewesen, habe noch nie da überhaupt reingeguckt. War Dekarbeiter, Steward, Kabinenjunge, seit ich meinen ersten Eimer gesehen habe. Nie schwarzen Gang gerochen, war mir immer zu stinkig. Sag, willst du mir nicht für die erste Woche eine Krume zur Hand gehen?“

„Nede nicht lange. Freilich. Komm nur voran. Wir werden die Kohlsuppe schon kochen. Kenne deine Sorgen. Dein erster Seilanzwagen. Ich kenne die Sürge, kannst mir glauben. Aber manchmal dankst du Himmel und Hölle, daß dir eine Yoritte quer vor'n Bug kommt, und du hoppst drauf mit einem Bonnegesicht, als ob — ja, hab nur keine Bange. Wenn was trumm

geht, ruf nur mich. Ich zieh dich schon raus aus dem Dred. Wenn wir auch alle miteinander Lote sind, nur nicht verzagen. Schlimmer kann es nicht kommen.“

Es kam aber schlimmer. Man kann ein Totenschiff fahren. Man kann ein Loter sein, ein Loter zwischen Lebenden. Ausgeschlossen kann man sein aus der Reihe der Lebenden, hinweggeweht von der Oberfläche der Welt, und kann dennoch gezwungen sein, entsetzliche Qualen zu erdulden, besten man nicht entgehen kann, weil man schon tot ist, weil einem kein weiterer Weg zur Flucht offengelassen ist.

29.

Ich sah Stanislaw zu dem Schacht gehen, den ich soeben verlassen hatte, weil ich glaubte, ich hätte mich im Wege geirrt. Er kletterte die Leiter ohne zu zögern runter, und ich folgte ihm. Als wir am Ende der ersten Leiter waren und auf die Platte kamen, die unter dem heißen Dampfstrahl lag, sagte ich: „Da können wir nicht



— Hilft uns nichts! —

durch. Da wird uns die Haut bis auf die Knochen abgelebert.“

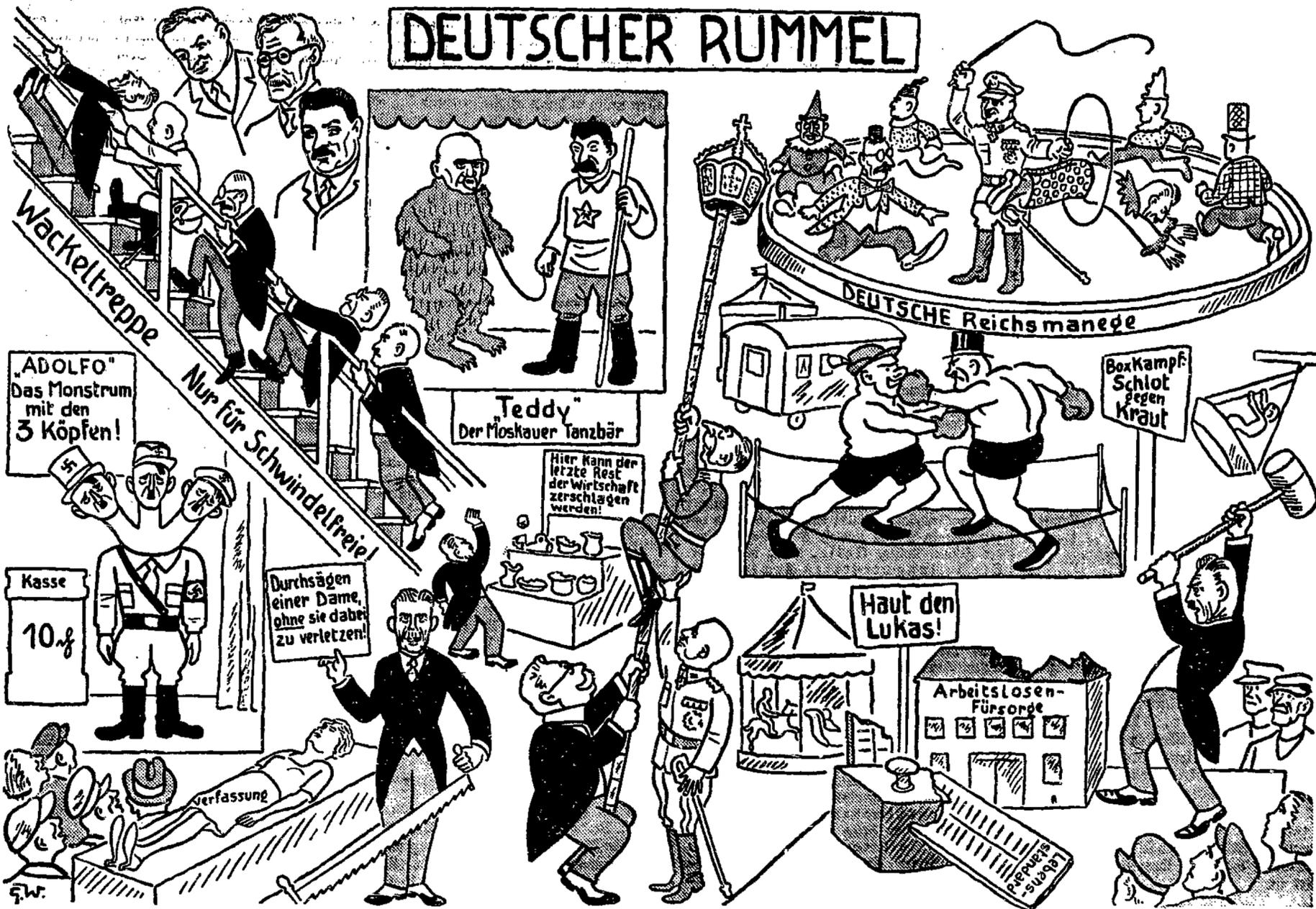
„Meist gibt es was ab. Ich kann dir morgen meine Arme zeigen. Aber wir müssen durch“.

sagte Stanislaw. „Hilft uns nichts. Kein anderer Weg zu den Kesseln für uns. Die Ingenieure lassen uns nicht durch die Maschinenhalle gehen, wir sind zu bredig, und es ist gegen die Vorschrift.“

Während er das noch sagte, sah ich, wie er plötzlich seine Arme um den Kopf schlug, sich so Gesicht, Ohren und Nacken schützend. Nun drehte, quetschte und rekte er sich zwischen die glühend heißen Dampfrohre, wo die Schuppungen längst abgefaßt und abgerissen waren, und der glühend heißen Kesselwand hindurch wie eine gelbe Zitterschnecke. Das konnte ihm kein Schlangenmenschen nachmachen, dachte ich, als ich das sah. Aber ich erfuhr nun, daß der ganze Kesselbums das so zu machen hatte, und ich verstand auch mit einemmal, warum es auf der Yoritte so viele Dinge zu essen gab, die kein Mensch essen konnte und die über Bord flantiert wurden. Das Flantieren durfte der Koch nicht sehen, dann gab es einen Morbstrach, weil alle Salzschwarten und alles Ungelesbare, das nicht in den Magen hinein wollte, weil der Magen sich sträubte, in die Küche zurückgebracht werden mußte, damit daraus Ir. Stew, Frilandellen, Gulasch, Halsch und ähnliche Delikatessen gemacht werden konnten.

„Hast du nun gesehen, Sohn, wie das gemacht wird? Besinne dich nicht lange. Wenn du dich erst besinnst und dir das anguckt und darüber nachdenkst, daß du an der einen Seite verbrüht werden magst und an der anderen Seite hinunterfallen kannst in den Schacht, dann geht's gar nicht. Arme um den Kopf, steh so — und dann Schlange gemacht. Kann dir eines Tages von Nutzen sein, wenn du anderen Leuten zu tief in die Taschen gelinst hast und man dir elserne Borhänge an die Fenster gehängt hat. Bin ich auch schon durchgekommen. Immer gut, wenn man in der Übung bleibt, du weißt nie, wie du es gebrauchen kannst. Hopp an.“

Schwuppi! da war ich durch. Ich fühlte heißes an meinen Armen, aber das war sicher nur Eirbildung. (Fortsetzung folgt.)



Politischer Jahrmarkt

Herrschaften, strömt herbei und seht Die Wunderdinge an, Die dieser Platz in großer Zahl Heut Ihnen zeigen kann!

Wir zahlen flugs das Geld zurück, Finden Sie's nicht pikant Und amüsant und interessant In diesem „Wunderland“

Die Direktion hat keine Mühe! Noch Kosten auch gescheut; So greif' das werthe Publikum Auch in den Beutel heut

Wir können's ja, wir haben's ja, Sagt wer, die Zeit sei mies, — So haut den Lukas doch hinaus Aus diesem Paradies!

Freunde und Feinde der Gewerkschaften

Wer steht zu uns am 6. November?

Es könnte so scheinen als hätten die Gewerkschaften in den Nazis eine Hilfe bekommen, wenigstens in der Form, daß in den Kämpfen gegen den Lohnabbau gar mancher von den „rauhem Kriegern“ sich in die Abwehrfront einstellt. Nicht allen, aber einigen geht vielleicht ein wenig Erkenntnis auf. Gut, aber was werden dazu die Herren von der Schwerindustrie sagen, wenn ihre Schützlinge ihnen in den Rücken fallen. Der Lohnabbau ist doch das überragende Wirtschaftsprogramm, von dem die führenden Männer der Industrie den neuen Aufschwung erhoffen, und mehrere Prominente der Industrie haben in ihrer Verehrung Hitlers nicht zurückgehalten und dieser selbst hat diese Freundschaft sehr gesucht. Sind das nicht alles Widersprüche und kreuzen sich hier nicht die Interessen des einen und der andern?

Ach, so töricht sind nun die Industrieherrn nicht, daß sie ihr Geld falschen Freunden aufdrängen und sich schließlich als die Geprüllten fühlen. Sie wissen, daß die Nazis in allen Farben schillern müssen, um möglichst viele Anhänger aus allen Lagern heranzuziehen, mit wahren und ehrlichen Absichten können diese politischen Strauchritter kein Geschäft machen. Die wahren Absichten werden viele, die heute einer Partei des kapitalistischen Interessenshaufens und der Hohenzollernanwärter nachlaufen, erst recht erkennen, wenn es zu spät ist. Im übrigen beruhigen die Nazis ihre wachswollenden Götter: Laßt uns nur gewährleisten; mit nationalen Phrasen allein können wir die sozialen Gegensätze nicht ausgleichen, habt Geduld, bis Hitler die Macht ergriffen hat! Die Herren von der Industrie haben recht, dem zu vertrauen, und die Arbeiter der Nazi-Partei sind die Genasführten.

Für die Gewerkschaften ist die Demokratie das Gegebene, denn sie bauen ihre Organisationen selbst auf dieser Grundlage auf. Wie wäre es möglich, ohne Mitwirkung der Mitglieder eine Organisation zu führen, die sich auf Millionen Anhänger stützt, deren tatsächliche und grundsätzliche Einstellung nicht durch eine Diktatur, sondern durch ein Mitbestimmungsrecht der Mitglieder geregelt wird. Das ist in der Politik nicht anders. Das Herrenrecht des Hitler, das von den Nazis proklamiert wird, oder der Befehl, der von Moskau ausgeht, stehen im Grunde genommen in enger Beziehung zum Herrnkabinett des Papen und Schleicher, die in ihren Rotverordnungen denselben Weg beschreiten wie die Hitler- oder Moskau-Diktatoren. Der Unterschied ist nur, daß die Gesellschaft sich im Streit befindet, wer von ihnen das Herrenrecht, mit welchem Mittel es auch erlangt wird, zur praktischen Ausführung bringt. Die Anerkennung eines Staatsbürgerrechts, die Mitbestimmung des Volkes an der Gestaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat in diesen Kreisen keine Geltung; das Volk muß regiert werden, wird rechtlos gemacht und seines Einflusses beraubt. Das ist die Grundtendenz dieser politischen Strömungen.

Täuschen wir uns nicht, in dieses Treiben wird auch die Gewerkschaftsbewegung hineingezogen; ihre Stellung ist in Gefahr, denn kapitalistische Interessen und Gewerkschaften sind unvereinbar. Deshalb gilt es bei den Wahlen, diesen reaktionären Mächten Einhalt zu gebieten. Als Feinde der Arbeiterbewegung gelten auch die Kommunisten. Diese treten unter der heuchlerischen Maske als Arbeiterfreunde auf. In Wirklichkeit sind sie die größten Schädlinge. Die deutsche Arbeiterbewegung wäre noch heute unbeflegbar, wenn es keine kommunistische Partei gäbe. Deshalb ist diejenige Partei zu unterstützen, die sich als treuer, hilfsbereiter Freund der Gewerkschaften zu allen Zeiten und in allen Situationen bewiesen hat. Es gilt, der Sozialdemokratischen Partei zu einer starken, einflussreichen Stellung zu verhelfen. Nur so dienen wir der Sache der Arbeiter, nehmen wir deren Interessen wahr und bannen die Gefahr einer Diktatur, die gegen die Arbeitermacht und ihre Organisation gerichtet ist.

Bilder statt Geld

Aus Langenscheidt (Süddeutschland) wird uns geschrieben:

Arbeitsbereite Vertreter einer Berliner Firma die Service, um Material anzubieten, das dazu dienen soll, die Arbeiter zur „Ordnung“ zu erziehen, das jedoch als Verdummungs-

material bezeichnet werden kann. In den Betrieben sollen allerhand Plakate angeschlagen werden, und in die Lohnkästen will man Sammelbilder legen, alles zur „Erziehung“ der Arbeiter.

Die Arbeiter verzichten gern auf diese „Erziehung“. Etwas mehr Geld in der Lohnkiste wäre ihnen dienlicher als Bilder!

Wenn die Berliner Firma sich unbedingt in Erziehung betätigen will, so wäre ihr zu empfehlen, eine neue Auflage von Knigge für Direktoren, Betriebsleiter und noch andere „Vorgesetzte“ herauszugeben. Auch sinnigere Wandplakate für Direktorenzimmer usw., wie z. B.: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!“ oder: „Der Mann im Mittel hat auch seine Ehre!“ wären sehr an-

Die Gesellschaftskutsche

Ein Spiegelbild unserer heutigen „Ordnung“!

Im vorigen Jahrhundert schrieb der Amerikaner Bellamy den Roman „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000“, der eine Schilderung der sozialistischen Gesellschaftsideale darstellte. Im Hinblick auf unsere gegenwärtige Gesellschaft sagte der Held des Romans:

„Die damalige Gesellschaft glich einer riesigen Kutsche, vor der die große Masse gespannt war und die von dieser auf einer hölzernen und staubigen Straße mühsam vorwärts geschleppt wurde. Der Hunger war Kutscher, und er duldete kein Verschnaufen. Aber trotzdem ging es nur sehr langsam vorwärts. Obwohl es so hart war, auf dem beschwerlichen Wege den Wagen fortzuschleppen, war dieser doch mit Passagieren besetzt, die niemals abstiegen, mochte die Straße noch so steil ansteigen. Die Sitze auf dem Wagen waren sehr luftig und bequem. Unbelästigt durch den Staub konnten ihre Inhaber sich mit Mühe an der Landshaft ergötzen oder kritische Bemerkungen über das Verdienst des sich abquälenden Vorspanns austauschen.“

Kam einmal eine schlechte Stelle der Straße oder ein steiler Hügel, so hatten es die Ziehenden besonders schwer.

„Es war ein entsetzlicher Anblick, den dann die verzweifelten Anstrengungen des Vorspanns boten, das trampfende Vorwärtsdrängen und Zurückstinken der Ziehenden, die vom Hunger erbarmungslos vorwärtsgepeitscht wurden, mochte auch Unzählige zusammenbrechen und in den Kot getreten werden.“

Ein treffender Vergleich für unsere Gesellschaft, das wird jeder zugehen müssen! Und er paßt ja auch noch heute. Betrachten wir die Einkommensschichtung im Deutschen Reich, so zeigte die Steuer-

gebracht und würden von der Arbeiterschaft freudig begrüßt werden, vorausgesetzt natürlich, daß danach gehandelt wird.

Konflikt in der argentinischen Textilindustrie!

Der Argentinische Gewerkschaftsbund gibt uns Kenntnis von einem Konflikt, der in der Textilindustrie dieses Landes ausgebrochen ist.

Auf Grund dessen verfuhen die Textilunternehmer Argentiniens, Baumwollarbeiter, besonders in Deutschland, anzuwerben, die von ihnen in Argentinien als Lohndrücker benutzt werden sollen.

Kein deutscher Textilarbeiter darf solchem Anfinnen Folge leisten und zum Streiftrecher an seine argentinischen Klassengenossen werden.

Jeden Versuch der Anwerbung bitten wir sofort dem Hauptvorstand zu melden.

statistik aus dem verhältnismäßig günstigen Jahr 1928, daß 17 625 000 Einkommensbezieher oder 57,21 Proz. nur über ein Einkommen zwischen 0 bis 1200 Mk. verfügten. 9 941 000 oder 32,27 Proz. konnten auch nur zwischen 1200 und 3000 Mk. verzehren, während 9,81 Proz. über ein Einkommen zwischen 3000 und 10 000 Mk. verfügten. Nun spitzt sich die Pyramide noch rascher zu: 217 oder 0,69 Proz. Bevorzugte können jährlich 12 000 und 100 000 Mk. „verzehren“. Dann gibt es 5 bzw. 0,02 Proz. Geseignete, die über 100 000 Mk. jährlich „aufessen“. Natürlich erfaßt die Statistik nicht einmal alle hohen Einkommen; sicher gibt es in Deutschland noch einige mehr, die über 100 000 Mk. versteuern könnten. Man sieht jedoch trotzdem ein sehr deutliches Bild. Nahezu 90 Proz. der Bevölkerung lebt in gedrückten Verhältnissen. Und gerade ihnen werden im Papenschen Wohlfahrtsstaat alle Lasten aufgebürdet.

Warum lassen diese gedrückten Schichten nicht einfach die Gesellschaftskutsche — um das Bild Bellamys zu gebrauchen — stehen? Die sich darin räkelnden Inassen müßten dann aussteigen und sich ebenfalls vorspannen, wollten sie vorwärtskommen.

Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft könnten eine andere, bessere, gerechtere, Einteilung erfahren, wenn sich die gesamten 90 Proz. Einkommensbezieher für das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften entscheiden und am 6. November sozialdemokratisch wählen!

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Forst (Lausitz)

Oktoberversammlung. — Aus den zum Vortrag gebrachten zwei Quartalsberichten war zu entnehmen, daß Klassenverhältnisse und Mitgliederstamm trotz der miserablen Zeitumstände fest geblieben sind. Die Ortsverwaltung konnte deshalb auch wagen, sich an der Volkshaus G. m. b. H. als stärkster Gewerkschaft zu beteiligen, was die Versammlung auch nachträglich in einem eingehenden und angenommenen Antrag gutheißt. Der Geschäftsführer der Filiale, Kollege Golke, sprach dann über: Die Haltung der freien Gewerkschaften zu den Lohnabbaubestrebungen der Reichsregierung. Der Inhalt des Vortrages war gründlich und übersichtlich für die Anwesenden, wie es nicht anders zu erwarten war. Die anschließende Diskussion brachte keine wesentlichen Momente hervor. Eine von einem unzufriedenen Kollegen eingebrachte Resolution wurde abgelehnt, da sie nur in ungeschickter Form das verforderte, was die Kampfgrundzüge des ADGB sowieso sind. Zwecklose „Rabibaltos“ kann sich die Arbeiterschaft nicht leisten, weil sie dabei doch nur zu Schaden kommen würde, was auch vom großen Teil anerkannt wird. Unter Gewerkschaftsangelegenheiten kam der Streit der Zweifelhübe bei Hünjel u. Co. zur Sprache, in deren Folge auch ein Zeitungsartikel des ADGB „Bolschew“ vortragen wurde, der in seiner Gemeinheit und lignerischen Niederträchtigkeit, die er gegen uns zeigte, strengste Mißbilligung erfuhr. Mit solcher lumpigen Kampfesweise gegen die eigenen Klassengenossen werden die Kommunisten keine Dauerfreude erleben, da bekanntlich Eigenes keine haben. Mit dem Freiheitsglocke schloß der Vortragsabend. Kol. Fabian, die Versammlung.

Waldkirch i. Br.

Die Ortsverwaltung hatte als Anlaß zur Herbst- und Winteragitation kürzlich an einem

Sonntag in Denglingen ein Bezirkstreffen veranstaltet. Trotz der schlechten Witterung war ein volles Haus zu verzeichnen. Die Arbeitermutter sowie die Damenabteilung der Freien Turner-Schaft, die einen Sprechchor und verschiedene Sing-Spiele vortrugen, halfen den Tag verschönern. Kollege Schönleben vom Hauptvorstand hatte das Referat übernommen. In kurzen Worten wies er darauf hin, daß es nun endlich an der Zeit wäre, sich auf seine Berufsorganisation zu bestimmen. Was jetzt mit der Arbeiterschaft alles gemacht werden soll, war kaum in der Vortragszeit möglich. Die Auswirkungen der Rotverordnungen für die Arbeiterschaft wurden von ihm unter die Lupe genommen. Bloß gefestigte Organisationen werden in der Lage sein, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern. Alles Schimpfen hat keinen Wert, denn dadurch wird es nicht besser, sondern bloß durch kräftiges Handeln. Wäre die Arbeiterschaft nicht gespalten, so würde sich niemand getrauen, derartige Experimente mit der Arbeiterschaft zu machen. Lernet von den Arbeitgebern, die es verstehen einig unter sich zu sein. Schließt euch dem Deutschen Textilarbeiter-Verband an, denn nur dort werden die Interessen der Textilarbeiter gewahrt.

Einem guten Kollegen!

Am 22. Oktober verließ ein alter Mitarbeiter bei der Verbandszentrale den Dienst. Freilich darf man das Wort „alt“ nicht allzu streng auffassen; denn Hermann Brauner, der seit 1903 dem Verband und seit 13 Jahren dem Mitarbeiterkreis der Zentrale angehört, denkt noch nicht daran, sich alt und müde zu fühlen, auch wenn er die 65 überschritten hat. Ein Organisationsmann wie er wird es sich nicht nehmen lassen, auch weiterhin soweit es nötig ist, für die Bewegung tätig zu sein. Seine Kollegen wünschen Hermann Brauner, der allezeit ein guter Kamerad gewesen ist, Gesundheit und den alten Optimismus, der ihn stets bewegte.

Kommt zur Organisation!

Woher kommt es, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezzeichnete Mitglieder seid? O, ich kenne den allbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber auch: Ist das männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? — Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit Beifall und Akklamation begleitet, euch ermahne ich zur Einsicht!

Ferdinand Lassalle.

RundumdenRundfunk!

Die Unzufriedenheit der Rundfunkhörer nimmt täglich zu. Es ist daher kein Wunder, daß auch das dritte Quartal ebenso wie das zweite einen Rückgang der Hörerzahl mit über 42 000 brachte, obwohl die Zahl der von der Rundfunkgebühr befreiten Arbeitslosen in den letzten sechs Monaten um 125 000 gestiegen ist. In fast allen Ländern, besonders in England, das man gern zum Vergleich heranzieht, ist auch in dieser Zeit die Zahl der Hörer gestiegen. Der auffällige Rückgang in Deutschland ist nur durch die maßlose Verbitte-rung der Hörer über die Entwicklung der deutschen Rundfunkprogramme zu erklären. Wenn die Wahlen am 6. November dem heutigen Regierungskurs nicht ein kräftiges Halt bedeuten, so wird insbesondere der wertvolle Hörer immer mehr den Auslandsempfang pflegen müssen oder wenigstens seinen Ortsempfänger jedesmal ausschalten, wenn dieser ihn mit Klängen aus der Vorzeit ärgert. Er wird den heutigen Jung-gewaltigen nicht die Freude machen, auf jeden Empfang zu verzichten und profitlos den Rund-funk für immer der Reaktion zu überlassen. Der „Volksfunk“, die große wöchentliche funktisierte der Eisenfront, zeigt, wie dieser Kampf um den Rundfunk fortgeführt werden muß. Jedes Heft bringt neben den bildgeschmückten Programmen der deutschen Großsender auch die Programme der wichtigsten europäischen Sender, die von Woche zu Woche verbessert und vervollständigt werden. Ferner Romanfortsetzung, Schach- und Rätselspiele, eine Abstimmabelle, zahlreiche Einführungen, Kritiken, Rezepte und Winke für die Hausfrau und vieles mehr. Trostdem beträgt der Preis für das große, bilderreiche Heft, das die Vorwärts-Druckerei in bestem Tiefdruckverfahren herstellt, einschließlich kostenloser Geräteversicherung nur 25 Pf. Der Bezugspreis durch Buchhandel oder Post ist 36 Pf. monatlich frei Haus. Der Volks-funk-Verlag, Berlin SW 68, sendet auf Wunsch Probehefte kostenlos zu.

Der Schluß des Artikels „Der Gedankenwettbewerb“ im Teil „Unterhaltung und Wissen“ in Nr. 43 des „Textil-Arbeiter“ erscheint in der nächsten Nummer.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 30. Oktober, ist der Beitrag für die 44. Woche 1932

Achtung!
Einsendung der Statistikkarten den Monat Oktober 1932 betreffend.

Stichtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonnabend, der 29. Oktober 1932. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzuliefern.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Maßnahmen zu ersparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Oktoberbericht für die Markenzustellung von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. November 1932 einzuliefern ist.
Der Vorstand.

Adressenänderungen

- Gau Kassel. Einbed: K. Heim. Schweiß, Fichtestr. 2.
- Gau Augsburg. Füllen: Ab 15. November 1932 K. Sebastian Brunner, Brotmarkt 74.
- Kaufbeuren: Ab 15. November 1932 neu: V. Josef Rajsch, Ringweg 3, K. Thomas Schmidt, Rosenhal 9.
- Rüdingen: Peter Mayer, Rainfernheimer Str. 20 II.
- Gau Dresden. Großschönau: Bretschmer ist zu streichen.
- Langenfeld: Roth ist zu streichen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Pfeiffer in Berlin. — Verlag: Karl Schaber in Berlin, Bernauer Str. 82. — Druck: Bornhörs Buchdruckerei u. Betriebsamt Carl Singer u. Co. in Berlin.